

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.12.2022

Inhalt

EWN

1 Nord Stream: Zweifel an Aufklärung <i>Berliner Zeitung, 14.12.2022</i>	3
2 Industrie in MV bleibt Sorgenkind <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.12.2022</i>	4
3 Das wird eng <i>Süddeutsche Zeitung, 14.12.2022</i>	5
4 Wissenschaftler erzielen Durchbruch in der Kernfusion <i>Spiegel.de, 13.12.2022</i>	8
5 Kommt 2023 der Bauschutt nach Lübeck? <i>Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger, 14.12.2022</i>	9

📰 Berliner Zeitung | 14.12.2022 | S. 13

📄 Auflage: 82.579 | Reichweite: 277.533

👤 Christine Dankbar

Nord Stream: Zweifel an Aufklärung

Wagenknecht fragt, Regierung weicht aus

Zweieinhalb Monate nach dem Sprengstoffanschlag auf die beiden Nord-Stream-Pipelines tappt die Bundesregierung bei der Aufklärung entweder noch im Dunkeln – oder sie will dazu keine Auskunft geben. Letzteres legt die Antwort des Justizministeriums auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht nahe.

Die Linke-Abgeordnete hatte die Bundesregierung danach gefragt, was sie über die sogenannten Dark Ships wisse, die wenige Tage vor dem Anschlag auf die Pipelines am 26. September in der Nähe des Tatorts unterwegs gewesen sein sollen. Über diese beiden Schiffe, die ihre Peilsender ausgeschaltet hatten, berichtete vor einiger Zeit die US-Computerzeitung Wired. Die US-Firma SpaceKnow hatte Satellitendaten ausgewertet und der Nato zur Verfügung gestellt. Wagenknecht fragte nun, ob sich die Regierung Kenntnis darüber verschafft und welche Schlüsse sie gezogen hat. Eine Antwort verweigerte das Justizministerium.

In der schriftlichen Antwort, die der Berliner Zeitung vorliegt, versichert Staatssekretär Benjamin Strasser, „Bundeskriminalamt und Bundespolizei wurden insoweit mit der Wahrung der polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafverfolgung betraut“. Was das konkret bedeutet, beantwortete er nicht. Das Justizminis-

terium verweist lediglich darauf, dass das Informationsinteresse des Parlaments „hinter dem berechtigten Geheimhaltungsinteresse zum Schutz der laufenden Ermittlungen“ zurücktreten müsse. Eine Auskunft „würde konkret weitergehende Ermittlungsmaßnahmen erschweren oder gar vereiteln“.

Zumindest in einer Hinsicht ist man jetzt schlauer – auch dank eines Gutachtens, das Greenpeace in Auftrag gegeben hat. Der Organisation ging es eigentlich darum, die Umweltschäden zu dokumentieren. Dabei kam heraus, dass Nord Stream 2 von außen beschädigt worden ist – mit etwa 200 bis 400 Kilogramm Sprengstoff.

Ob die „Dark Ships“ etwas damit zu tun haben, ist unklar. Doch in den schwedischen Medien gibt es Spekulationen darüber, dass die beiden Schiffe aus Karlskrona kamen. Auch das soll mittels Satellitenaufnahmen belegt sein – und dass es sich um schwedische Schiffe handelte. Die schwedische Regierung macht es wie die deutsche: Sie schweigt. Ein Unding für Sahra Wagenknecht. „Wer das Informationsrecht derart mit Füßen tritt, muss sich nicht wundern, wenn öffentlich spekuliert wird, dass die Regierung gar kein Interesse hat, diesen einmaligen Sabotageakt aufzuklären“, sagte sie der Berliner Zeitung.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.12.2022 | S. 22

📄 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

Industrie in MV bleibt Sorgenkind

Allen Bemühungen der Landesregierung zur Stärkung der Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zum Trotz geht die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich zurück. Wie das Statistische Amt am Dienstag mitteilte, sank die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal gegenüber dem glei-

chen Quartal des Vorjahres um 1,8 Prozent. Bundesweit weist die Statistik hingegen ein leichtes Plus von 0,4 Prozent aus. Ein ähnliches Bild zeigte sich in der Bauwirtschaft, die im Nordosten ebenfalls Mitarbeiter verlor.

Das wird eng

Die flachen Gewässer des Greifswalder Boddens malte schon Caspar David Friedrich. Jetzt sollen Tanker Flüssiggas nach Lubmin bringen – das finden viele nicht so romantisch. Von großen Schiffen und großen Ängsten

Winterklar schwappt das Wasser an den Strand von Lubmin, stolpernde kleine Wellen, ungetrührt, ganz anders als im Sommer, wenn hier, im seichten Greifswalder Bodden, Kinder toben, wenn nach einer Reihe heißer Tage das Wasser über Nacht zu blühen beginnt und sich grasgrüne Algenfäden, den Strömungen gehorchend, in eigenwilligen Mandalas zusammenfinden.

Am Horizont, auf der anderen Seite des Boddens, ahnt man die Linien Rügens, das Biosphärenreservat mit Mönchgut im Südosten und der kleinen, noch immer wilden Malerinsel Vilm. Caspar David Friedrich, der Romantiker, der 1774 in Greifswald geboren wurde, hat sie 1801 zum ersten Mal besucht und später andere angelockt, Karl Friedrich Schinkel und Friedrich Preller, auch seinen Freund Carl Gustav Carus, der 1835 die mächtigen Eichen der Insel Vilm auf die Leinwand brachte. Der Greifswalder Bodden, die Insel Rügen, die Weite des Meeres – das war Caspar David Friedrichs Kindheitslandschaft. Er hat das Schilf und die Zeesenboote der Fischer gemalt, die Reusen im Mondlicht, zu denen man fast laufen kann, so flach ist es hier.

Vor diesem einerseits naturgegebenen, andererseits malerischen Hintergrund kommt einem die **Neptune** ganz schön gewaltig vor. 283 Meter ist sie lang, 43 Meter breit, 55 Meter hoch. Tiefgang? Bis zu 11,40 Meter. Sie hat schon an der Ostküste Rügens festgemacht, ein Spezialschiff, das flüssiges Erdgas, LNG, wieder gasförmig machen kann, das erste in einem deutschen Hafen. Es gehört dem französischen Energiekonzern Total Energies und soll demnächst durch den Greifswalder Bodden geschleppt werden, damit es im Hafen von Lubmin dauerhaft festmachen kann.

Durch den Bodden soll das Schiff?

„Dat geht nur bei Windstärke 1, sag' ich mal ganz einfach“, sagt Frank Tornow, der am Rand der Kaimauer des Hafens steht. „Ententeich, sag' ich immer.“ Sieben Meter ist das Hafenbecken tief. Die **Neptune** muss al-

so vor Rügen noch allerhand Gewicht loswerden, um auf einen Tiefgang von 5,20 Meter zu kommen. Wenn sie es denn durch das ententeichruhige Boddenwasser geschafft und hier angelegt hat, wird es aussehen, als säße ein sehr dicker Mensch in einer sehr kleinen Badewanne.

Lubmin im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns. Hier, in der Lubminer Heide, lieferte das KKW Nord von 1974 an bis zur politischen Wende Strom für die DDR. Mit Boddenwasser wurde im Kernkraftwerk gekühlt. Bis zu drei Grad wärmer wurde der Bodden dadurch, aber über nukleare und andere Risiken sprach man nur hinter vorgehaltener Hand. Wer damals wagte, Fragen zu stellen, bekam Besuch von der Staatssicherheit, was der Historiker Sebastian Stude in seinem Buch „Strom für die Republik“ beschreibt. Er hat die Geschichte des KKW Nord recherchiert, die Stasi-Unterlagen ausgewertet.

Seit 27 Jahren wird das Atomkraftwerk nun demontriert. Die radioaktiven Stoffe sind hier in einem Zwischenlager untergebracht und da, wo das erwärmte Kühlwasser damals zurück in den Bodden floss, ist jetzt der Hafen. Ganz in der Nähe kommen auch die Röhren aus dem Wasser, Nord Stream 1 und 2, die beiden Pipelines, um die sich die Weltmächte stritten. Hätte Wladimir Putin nicht den Krieg gegen die Ukraine begonnen, wäre jetzt wohl keine der Röhren zerstört, das Gas aus Russland würde noch strömen und die Worte Energieknappheit und Flüssigerdgas wären nicht in aller Munde.

LNG. In wenigen Tagen soll in Wilhelmshaven das erste Terminal den Betrieb aufnehmen. In Lubmin will die Deutsche Regas, ein privates Unternehmen, die vorhandene Infrastruktur nutzen und mit der **Neptune** ein schwimmendes Flüssigerdgas-Terminal errichten. Noch ist die Betriebsgenehmigung nicht erteilt. Bei der zuständigen Landesumweltbehörde in Stralsund sind 1099 Einwendungen gegen das geplante Terminal eingegangen, die nun geprüft werden müssen.

Abgesehen von der Sorge um die Natur in dieser hochsensiblen und seit fast fünf Jahrzehnten strapazierten Boddenlandschaft geht es seit letzter Woche auch um die Frage, ob die Planungen für insgesamt elf Flüssigerdgas-Terminals in Deutschland nicht ohnehin „massiv überdimensioniert“ und viel zu teuer seien, wie Klimawissenschaftler aus Köln es in einer Studie prognostizieren. Sie stünden außerdem im Widerspruch zu den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens und zum deutschen Klimaschutzgesetz, das bindend sei.

Was bedeutet das alles für das Seebad Lubmin, das zwischen Greifswald und dem Peenemünder Haken liegt? Diese Nordspitze der Insel Usedom ist seit 1925 Naturschutzgebiet. Gut 2000 Menschen leben in Lubmin. Viele in der Gegend sind gegen das Flüssigerdgas-Terminal und wollen lieber, dass durch die einzige, noch intakte Nord-Stream-Röhre wieder russisches Gas fließt, dass die Sanktionen also beendet werden. Mitte November wurde zuletzt in Lubmin demonstriert, im Kurpark. 700 Menschen sollen es gewesen sein.

Anderen geht es vor allem um den Schutz der Natur. Wieder andere glauben, dass man beides verbinden kann: das Erdgas, das hier in die Landleitungen eingespeist werden soll – und den Naturschutz.

Frank Tornow glaubt das, hofft das. 1969 ist er hier geboren. Ein Tischler, der ein Sägewerk betreibt, der einen Wald besitzt, ganz in der Nähe. Er macht Lokalpolitik – als Vorsitzender des Ortsvereins der SPD. Frank Tornow sagt, er sei Pragmatiker. Hier gebe es schließlich die Infrastruktur, Lubmin sei lang schon ein Industriestandort, das müsse man doch nutzen. „Die Politik freut sich, dass es so schnell geht mit dem Terminal“, sagt Tornow und guckt hinein in die noch leere Badewanne, in der das Riesenschiff Platz nehmen soll. „Hier wird was nach vorn getrieben, was ja auch jeder Bürger will, jeder will ’ne Lösung. Jeden trifft’s ja. Jeder grübelt, was passiert, wenn ’n Blackout kommt.“

Frank Tornow will aber auch über die Sanktionen gegen Russland nachdenken. „Ich vermisse, dass man sich in der Politik hinterfragt: Was haben die Sanktionen eigentlich gebracht?“ Schädeten sie der EU nicht mehr als Russland? Der Krieg sei jedenfalls nicht zu Ende, und hier, vor Tornows Tür, in der Ostsee, seien nun „viele Milliarden“ versenkt – durch die Zerstörung der Pipelines Ende September. „Das Ganze hier ist praktisch für die Katz, sag ich mal ganz einfach. Schrott.“ Das Ganze hier. Tornow sagt, er glaube nicht an Verschwörungen, aber er befürchte, „dass wir nicht erfahren sollen“, wer die Röhren zerstört hat. „Wer hat denn was davon, frag’ ich jetzt mal ganz einfach?“ Er schaut

einem in die Augen. „Ich will nicht mutmaßen. Aber da komm’ ich jetzt nicht auf den Russen.“

Er kommt auf die Amerikaner, die ja immer dagegen gewesen seien, genauso wie Polen. „Und jetzt sind wir in der nächsten Abhängigkeit drinne“, sagt er. „Die Amerikaner!“ Oder Länder, „die Menschenrechte mit Füßen treten“. Saudi Arabien, Katar. Nein, große Politik würde er nie machen wollen. „Da hat sich mancher um 180 Grad gedreht. Also ich könnt’s nicht.“ Dann sagt der Tischler einen fast philosophischen Satz: „Wissen Sie, wenn man in die Tiefe geht, wird man immer unsicherer.“

Unsicher, was oder wem man noch glauben kann? Frank Tornow nickt.

Die Tiefe, jedenfalls die in Metern messbare, ist in Lubmin genau das Problem, weshalb, wenn es nach den Plänen der Unternehmer der Deutschen Regas geht, Shuttle-Schiffe das flüssige Erdgas von Tankern aufnehmen sollen, die dann vor Rügen in der Ostsee ankern, um es in die enge Badewanne zur **Neptune** zu bringen, die es in gasförmigen Zustand versetzt und in die Fernleitungen einspeist. Das Kühlwasser, das gebraucht wird, soll, wie damals beim Atomkraftwerk, aus dem Bodden kommen.

Zu den Risiken darf man heute, anders als damals in der DDR, Fragen stellen. Es wird ja mächtig was los sein vor Rügen und im flachen Bodden, auch, weil Fahrrinnen und Hafenzufahrt ständig ausgebaggert werden müssen. Der Sand, das Sediment dort, werde kaum zur Ruhe kommen. Trübes Wasser lasse weniger Sonne durch. Der Sauerstoffgehalt könne sich ändern. Was ist mit den Laichgebieten des Herings? Wie warm wird das Wasser dann? Shuttleverkehr, Schiffsdiesel, Kühlwassereinleitung. All das halten Umweltschützer für verheerend. All das sei in den Planungsunterlagen nicht ausreichend bedacht.

„Aber der Bodden ist doch längst aufgewühlt durch die ganzen Großprojekte mit jahrelangen Schiffsbewegungen“, ruft Frank Tornow in die Stille am Hafen hinein. „Vier Leitungen der Nord Stream wurden hier verbuddelt. Und wenn man mit alten Fischern redet, dann sagen die, es hat schon ’ne Veränderung gegeben.“ Tornow wird etwas lauter. „Also wenn die Umweltschützer jetzt erst wegen den vielen Schiffsbewegungen aufwachen, dann frag’ ich mich ganz einfach mal, was die die ganzen Jahre gemacht haben?“

An dieser Stelle lohnt sich ein Abstecher nach Stralsund, eine Stunde von Lubmin entfernt, wenn man das Auto nimmt. Finn Viehberg wartet am passenden Ort, im Café des Ozeaneums, des Meeresmuseums am alten Hafen. Seit einem Jahr leitet er das Ostsee-

Büro des World Wide Fund for Nature. Er hat Biologie studiert, in Greifswald. Seit Jahrzehnten liegt ihm der Bodden am Herzen. „Wir sind doch auf die Barrikaden gegangen, als die Röhren verlegt wurden“, sagt Finn Viehberg, wenn man ihm von Tornows bissiger Frage erzählt.

Umweltschutzorganisationen haben in ihren Einwendungen viele Punkte benannt, die gegen ein LNG-Terminal in Lubmin sprechen. Die Energiekrise sei temporär, sagt Viehberg, „die Eingriffe in die Meereswelt sind aber nachhaltig“. Wenn er hier, am Stralsunder Hafen, die seit Jahren entstandenen und die nun möglichen Schäden aufzählt, erinnert man sich an Caspar David Friedrichs Gemälde vom Greifswalder Bodden wie an ein verlorenes Paradies.

Finn Viehberg fragt sich vor allem, wie es sein kann, dass für das atomare Zwischenlager, nur 400 Meter von der Badewanne entfernt, „mit allen möglichen Gefahrenquellen gerechnet wird“, auch mit terroristischen Angriffen, mit einem Flugzeugabsturz. Für das Erdgas-Terminal aber spielten diese Szenarien im Genehmigungsverfahren überhaupt keine Rolle. Es fehle eine „störfallrechtliche Gesamtbetrachtung“ des ganzen Vorhabens. Wer haften eigentlich? Nein, es gehe nicht darum, „schwarzzumalen“, sagt er, „aber wenn etwas passiert, dann ist es letztendlich um diesen Landstrich geschehen“.

„Ich find's wahnsinnig und sinnlos“, sagt Katrin Krüger, die Pastorin von Lubmin. „Es finden alle nur Wahnsinn, dass das LNG-Terminal kommt, aber es hat auch keiner eine Alternative.“ Lange Pause. „Es ist überall so eine Ohnmacht da. Ich selber merke das auch.“

Wie Frank Tornow ist Katrin Krüger in diesem Landstrich geboren, 1972, nur auf der anderen Seite des Greifswalder Boddens, gegenüber von Lubmin sozusagen, in Göhren, an der Ostküste der Insel Rügen, vor der bald große Tanker ankern sollen. Das Pfarrhaus

steht zwei Kilometer von Lubmin entfernt, in Wusterhusen, nahe der alten Backsteinkirche, deren Turm auch zu Caspar David Friedrichs Zeiten Orientierung für die Seeleute war.

Die Ohnmacht. Vier Aktenordner mit 1200 Seiten hätten eine gute Woche lang im Amt Lubmin ausgelegen. Die Planungsunterlagen für das LNG-Terminal waren nicht im Internet abrufbar – anders als in Wilhelmshaven, zum Beispiel. „Wer hat die Zeit, vier Aktenordner durchzuarbeiten?“, fragt sie. „Du weißt ganz genau: Das schaffst du nie.“ Der Firma gehe es um Profit. Es gehe immer nur um Profit. „Was sind die politischen Mittel, gegen diese Macht des Geldes anzukommen?“, fragt sie. „Wem dienen wir? Dem Mammon oder Gott? Wer will auf Wohlstand verzichten?“

Ihr Vater war Fischer und Rohrdachdecker. Mit Tang und Salz, mit den silbernen Heringsleibern ist sie vertraut, seitdem sie denken kann. Und als Seglerin weiß sie, wie schnell man im flachen Bodden festsitzt. Als sie aufwuchs, war das Kernkraftwerk Lubmin am Netz. Der Blick, den schon Caspar David Friedrich 1810 in seinem Bild „Rügenlandschaft mit Regenbogen“ festgehalten hatte, stieß an der kantigen Linie aus Betonblöcken und Schornsteinen auf die Angst. Um diese Kindheitslandschaft sorgt sie sich, noch immer.

Als im April 1986 in Tschernobyl die Katastrophe geschah, begann die Staatssicherheit sehr genau zu beobachten, wie die Bürger reagierten. In den Stasi-Akten des Ostsee-Bezirktes Rostock ist auch das Original eines Aufnähers zu finden. Ein Stück Stoff. Damals konnte es einen ins Gefängnis bringen. „KKW Nord!“, steht darauf. „Schlechte Aussichten für die Ostsee“.

Wer hier damals Fragen stellte zum Kernkraftwerk Nord, bekam Besuch von der Stasi

Die Pastorin ist selber Seglerin. Sie weiß, wie schnell man im flachen Bodden festsitzt

 Spiegel.de | 13.12.2022 | S. 16:28 Uhr Anika Freier, dpa WEBLINK

ZUKUNFT DER ENERGIEGEWINNUNG

Wissenschaftler erzielen Durchbruch in der Kernfusion

Erstmals wurde beim Verschmelzen von Atomkernen mehr Energie gewonnen, als Laserenergie zur Auslösung erforderlich war: Die Forschung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen klimafreundlichen Energiequelle.

Es ist ein historischer Durchbruch auf dem Feld der Kernfusion: Erstmals wurde beim Verschmelzen von Atomkernen mehr Energie gewonnen als verbraucht, wie US-Energieministerin Jennifer Granholm in Washington verkündete. »Einfach ausgedrückt ist dies eine der beeindruckendsten wissenschaftlichen Leistungen des 21. Jahrhunderts.«

Die Ergebnisse wurden von einem Forscherteam in der staatlichen National Ignition Facility (NIF) am Lawrence Livermore National Laboratory in Kalifornien erzielt und bedeuten einen Meilenstein auf dem Weg zur Erschließung einer neuen Energiequelle. Die Kernfusion gilt als Hoffnungsträger – womöglich könnte so klimaneutral und sicher Strom in riesigen Mengen erzeugt werden. Allerdings dürfte es bis zur massenhaften Produktion wegen weiterhin großer technischer Hürden noch ein weiter Weg sein.

Schon vor knapp einem Jahr waren Fortschritte bei der Kernfusion an dem Institut verkündet worden. Dabei sei die Zündung des Plasmas erreicht worden, berichtete ein Forschungsteam Anfang des Jahres in der Fachzeitschrift »Nature«. Dies führt letztlich dazu, dass

die Fusionsreaktion sich selbst erhält. Im Kernfusionsreaktor liegt der Brennstoff in Form von Plasma vor. In diesem Aggregatzustand besteht ein wildes Teilchengemisch, in dem Atomkerne getrennt von Elektronen vorliegen.

Bindungskräfte von Atomen genutzt

Sowohl Kernkraft als auch Kernfusion gewinnen Energie aus den Bindungskräften von Atomkernen. Bei der Kernkraft werden jedoch große Atome gespalten, es entsteht unter anderem radioaktiver Abfall, und es besteht das Risiko schwerer Unfälle. Bei der Kernfusion hingegen werden kleine Atomkerne zu größeren verschmolzen – fusioniert –, die Technologie gilt als sauber und sicher. Diese Form der Energiegewinnung ähnelt den Vorgängen in Sternen wie der Sonne.

Die Forschenden in Kalifornien nutzten für ihre Experimente die stärkste Laseranlage der Welt, um winzige Mengen von schwerem und überschwerem Wasserstoff (Deuterium und Tritium) in etwa eine Million Grad heißes Plasma zu wandeln. Dabei erhitzen viele Laserstrahlen das Innere eines wenige Millimeter großen Behälters.

Lübecker Nachrichten

📰 Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger | 14.12.2022 | S. 9

📄 Auflage: 27.030 | Reichweite: 79.617

👤 Kai Dordowsky

ATOMENERGIE

Kommt 2023 der Bauschutt nach Lübeck?

Hansestadt befürchtet, dass der Deponie Niemark im nächsten Jahr die umstrittenen AKW-Abfälle zugewiesen werden

Lange herrschte Ruhe im Streit um den AKW-Bauschutt aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Brunsbüttel, der auf die Deponie Niemark gebracht werden soll. Doch das werde nicht so bleiben, befürchtet Umweltsenator Ludger Hinsen (CDU): „Im Augenblick haben wir Ruhe an der Front, aber das wird sich 2023 ändern“, sagte Hinsen jetzt vor Kommunalpolitikern.

Der Rückbau des Kraftwerks in Brunsbüttel sei so weit fortgeschritten, „dass der Betreiber Vattenfall echte Unterbringungsprobleme bekommt“, berichtete Hinsen. Die heikle Lage wird von Vattenfall bestätigt. „Es ist richtig, dass Abbaumaterialien, die im Anschluss an die behördliche Freigabe deponiepflichtig werden, derzeit auf dem Kraftwerksgelände verwahrt werden, da sie wegen der anhängigen Klage nicht an eine Deponie abgegeben werden können“, erklärt eine Unternehmenssprecherin auf LN-Anfrage. „Zurzeit warten wir auf das Gerichtsverfahren.“

Im Mai 2021 hatte die Landesregierung über das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) als zuständiger Behörde die Zuweisung des Bauschutts ausgesprochen - allerdings auf einen Sofortvollzug verzichtet. Bereits Ende November 2020 hatte die Bürgerschaft die Verwaltung beauftragt, alle Rechtsmittel gegen die Zuweisung zu nutzen - inklusive einer Klage. Im Oktober 2021 reichte die Hansestadt Klage beim Verwaltungsgericht gegen die Zuweisung ein.

„In diesem Jahr wird es keine mündliche Verhandlung vor dem Gericht mehr geben“, sagte Hinsen jetzt den Politikern. „Es werden weiterhin Schriftsätze hin- und hergeschickt.“ Aber durch den fortschreitenden Abriss des Atomkraftwerks werde das Entsorgungsproblem immer größer. „Da ist richtig Druck auf dem Kessel“, sagt der Umweltsenator, der „in nicht allzu ferner Zukunft mit Maßnahmen der Landesregierung rechnet.“

Welche das sein könnten, weiß Hinsen nicht - die Landesregierung lasse Lübeck nicht in ihre Karten gucken.

Initiative: Sofortvollzug wäre ein Armutszeugnis

Auch die Bürgerinitiative „Lübeck ohne Atomschutt“ rechnet „mit weiteren Schritten der Landesregierung“, sagt Marie Weigenand auf LN-Anfrage. Die Lübeckerin hat die Initiative zusammen mit Nachbarn gegründet. „Wir hoffen, dass die Klage verhindert, dass Tatsachen geschaffen werden, die nicht rückholbar sind“, erklärt Marie Weigenand. Ein Sofortvollzug wäre eine Armutszeugnis für die Landesregierung und ein Präzedenzfall in Deutschland.

Sollte Kiel tatsächlich zu diesem Instrument greifen, werde Lübeck vor Gericht eine aufschiebende Wirkung des Sofortvollzugs beantragen, kündigt der Umweltsenator auf LN-Anfrage an.

Doch das Kieler Umweltministerium beruhigt. „Die Betreiberin des AKW Brunsbüttel hat bisher noch keinen Zeitpunkt dargelegt, ab dem die Lagerkapazitäten nicht mehr ausreichen“ sagt ein Sprecher des Ministeriums auf LN-Anfrage. „Ein Sofortvollzug der Zuweisungsbescheide würde nur angeordnet werden, wenn ein besonderes Vollzugsinteresse vorläge. Dem Land liegen derzeit keine Tatsachen vor, die diese gesetzliche Voraussetzung begründen.“ Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) bedauert, „dass es bislang trotz der konstruktiven Mitwirkung des Landes nicht überall gelungen ist, eine freiwillige Lösung für die Deponierung nicht-radioaktiver Abfälle aus den Kernkraftwerken im Land zu finden.“

Unterdessen haben die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL), die die Deponie Niemark betreiben, drei Messstellen im Umfeld der Deponie aufgestellt - im Auftrag der Bürgerschaft. Zwei Stellen stehen direkt am Fuße der Deponie, eine dritte soll auf einem nahegelegenen

privaten Grundstück aufgestellt werden. Alle Sonden liefern schon jetzt Messdaten. Momentan wird an der Aufbereitung gearbeitet, so dass die Daten auch öffentlich über die EBL-Internetseite zugänglich werden.

Bereits im Juni vergangenen Jahres haben die Kommunalpolitiker die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) beauftragt, eine sogenannte Nullwertmessung vorzubereiten. Dabei wird über einen längeren Zeitraum und kontinuierlich an mehreren Stellen die natürliche Radioaktivität gemessen.

Wird der AKW-Bauschutt in Niemark eingelagert, kann anhand solcher Messungen festgestellt werden, ob zusätzliche Radioaktivität hinzugekommen ist - und in welcher Größenordnung.

Die Idee dazu stammt vom Umweltpolitiker Volker Koß (GAL). Dabei wird über einen längeren Zeitraum und kontinuierlich an mehreren Stellen die natürliche Radioaktivität gemessen, die in der Umwelt vorkommt. Wird der AKW-Bauschutt in Niemark eingelagert, kann anhand solcher Messungen festgestellt wer-

den, ob zusätzliche Radioaktivität hinzugekommen ist - und in welcher Größenordnung. Marie Weigenand von der Bürgerinitiative hält diese Messungen „für eine Beruhigungspille für die Bevölkerung“. Die Messstellen könnten nur die Gammastrahlung, nicht die Alpha- und Beta-Strahlung erfassen. Für diese seien Bodenproben nötig.

Es geht um 1410 Tonnen freigemessenen Bauschutt

Nach bisherigen Plänen soll die Deponie Niemark 1410 Tonnen sogenannten freigemessenen Bauschutt aufnehmen. Davon sind 600 Tonnen Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik, weitere 600 Tonnen sind Bodenteile und Steine. Hinzu kommen 140 Tonnen Dämmmaterial, 50 Tonnen „kohlenteeerhaltige Bitumengemische“ und 20 Tonnen Dämmmaterial, das Asbest und asbesthaltige Baustoffe enthält.

Zitat-Text:

”Da ist richtig Druck auf dem Kessel.” - Ludger Hinsen, Umweltsenator